

## **Perspektiven der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“**

**von Heino Falcke**

„Perspektiven der Ökumenischen Versammlung (ÖV)“ habe ich meine Ausführungen überschrieben. Voranstellen möchte ich aber doch eine kurze Erinnerung an die „dürren Fakten“ der ÖV. Diese Fakten waren allerdings keineswegs dürr, sondern höchst erstaunlich – zuerst und vor allem für die Beteiligten selbst.

In der ÖV traten Vertreter aller christlichen Konfessionen in der DDR zusammen. Darüber hinaus vereinte die ÖV auch die Vertreter der verfassten Kirchen und die Vertreter der zivilgesellschaftlichen Veränderungsgruppen, die sich im Fluktuationsraum von Kirche und Gesellschaft verstärkt in den achtziger Jahren gebildet hatten. So entstand mit der ersten Tagung der ÖV im Februar 1988 ein Neues Handlungssubjekt im Feld Kirche und Gesellschaft, das die staatliche Kirchenpolitik – ein wenig aber auch die Kirchliche! – verunsicherte.

Im Herbst 1987 hatte der Aufruf, sich durch eigene Voten an der Arbeit der ÖV zu beteiligen, zu der überraschenden Zahl von 10 – 11000 Zuschriften aus der kirchlichen und weltlichen Zivilgesellschaft geführt.

Die ÖV bildete 13 Arbeitsgruppe, eine zur Theologischen Grundlegung, drei zum Themenkreis Gerechtigkeit, vier zum Themenkreis Frieden, fünf zum Themenkreis Schöpfungsbewahrung.

In einem „Wort“ der ÖV an die Öffentlichkeit wurde das Ergebnis der Beratungen wie folgt zusammengefasst:

„Wir haben versucht, die Herausforderungen unserer Zeit vom Evangelium her zu bedenken. Wir haben erkannt: Der biblische Ruf zur Umkehr trifft uns heute neu. Unsere Arbeit in der Ökumenischen Versammlung mündet in drei wichtige Einsichten, die uns binden und verpflichten:

- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen
- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen;
- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Leben auf dieser Erde zu schützen und zu fördern.“ (Dok.,16/17)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Alle Zitate aus der ÖV sind entnommen der Dokumentation: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden – Magdeburg – Dresden, Hg. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Pax

Die Ergebnisse der ÖV wurden am 30. April 1989 den Vertretern der Kirchen übergeben und von der katholischen Bischofskonferenz im Sommer, vom ev. Kirchenbund auf dessen Synode im September 1989 offiziell übernommen. Die Textinhalte der ÖV wirkten im September erkennbar auf die programmatischen Erklärungen der neuen revolutionären Initiativen und Parteien ein.

### **Die ÖV in ihren Deutungszusammenhängen**

Die Herbstrevolution 89 und die deutsche Vereinigung ist der Geschichtszusammenhang, in dem die ÖV fast durchgängig dargestellt und gedeutet wird. Dieser Deutungszugang erscheint nahezu selbstverständlich, ich möchte jedoch auf die Einengung und sogar Verzeichnung aufmerksam machen, die damit verbunden sein kann.

Die erste Analyse und Darstellung der ÖV gab Gabriele Seifert in ihrer Freiburger Dissertation unter dem Titel „Von der Umkehr zur Wende“. Der Titel gibt den Deutungszusammenhang an und lässt zugleich erkennen, welche Abwandlung und Abschwächung die Botschaft der ÖV im politischen Prozess erfuhr. Katharina Kunter hat in einer großen und umfassend recherchierten Darstellung die ÖV in den Zusammenhang eingestellt, den ebenfalls der Untertitel ihres Buches benennt: „Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus“. Hier ist die politische Existenz der Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren und die Vereinigung Deutschlands in das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Sozialismus, also den Systemgegensatz und Systemwechsel zwischen Ost und West eingezeichnet.

Innerhalb dieses Deutungsrahmens wird die Wirkung, welche die ÖV faktisch auf die Herbstrevolution ausgeübt hat, unterschiedlich beurteilt. Die Bewertung schwankt zwischen „Magna Charta“ der Herbstrevolution und der Reduktion dieser Wirkung auf rein Formal-Strukturelles. Für die inhaltliche Wirkung wird immer wieder auf die vielfach belegbaren inhaltlichen Entsprechungen in den Programmen der neuen Initiativen und Parteien verwiesen.<sup>2</sup> Auf der anderen Seite steht jetzt Ilko-Sascha Kowalczyk mit seinem Buch „Endspiel“. Von den Texten der ÖV, besonders von ihren wirtschaftlich-politischen Aussagen hält er wenig. Die Bedeutung der ÖV

---

Christi, Berlin 1990

<sup>2</sup> Katharina Seifert, *Durch Umkehr zur Wende, zehn Jahre „Ökumenische Versammlung in der DDR“ – eine Bilanz*, Leipzig 1999

Katharina Kunter, *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume, Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980–1993)*, Göttingen 2006

Katharina Seifert streicht sehr stark die Rückgriffe der sich neu orientierenden Ost-CDU auf die Texte der ÖV heraus, wobei sie übersieht, dass diese CDU ein großes Defizit an Selbstlegitimation hatte. Das Interview, das sie mit Lothar Demaiziére geführt und in ihrer Arbeit abgedruckt hat, zeigt dann auch das tiefe Mißtrauen des neuen Parteivorsitzenden gegen diese basisdemokratische ÖV, so dass deren Texte doch wohl nur eine vorübergehende

sieht er allein in dem basisdemokratischen Prozess der 11000 Zuschriften, den der Flyer „Eine Hoffnung lernt gehen“ im Herbst 1987 auslöste.<sup>3</sup>

Diese differierenden Einschätzungen bewegen sich aber alle in dem Interpretationsrahmen der Herbstrevolution und der deutschen Vereinigung. Ausgeblendet oder abgewertet wird dabei der andere Geschichtszusammenhang, in dem sich die ÖV selbst sah und artikulierte: Der ökumenische Zusammenhang des Weltrates der Kirchen und der globale Zusammenhang, dem sich die ökumenische Bewegung im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung stellte. Diesen Kontext machte schon der erste Aufruf ganz deutlich, auf den hin die 11000 Antworten kamen: „Eine Hoffnung lernt gehen, Gerechtigkeit den Menschen, Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung“. Darunter das Logo des Konziliaren Prozesses. Im Text: „Der Weltkirchenrat hat schon 1983 die christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen aufgerufen, sich neu für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verbünden...In der Hoffnung, dass dieser Weg zu einem allgemeinen christlichen Konzil führt, wurde er „konziliarer Prozess für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung genannt“. Es wird dann die Ökumenische Versammlung angekündigt und von ihr heißt es: „Sinn dieser Versammlung ist, im eigenen Haus zu verwirklichen, was wir von einer ökumenischen Weltversammlung erwarten: den Weg des Friedens zu gehen und ein Wort zu sagen, das uns bindet und verpflichtet und für die Welt ein Zeugnis unseres gemeinsamen Auftrages ist.“

Der Begriff „konziliarer Prozess“ wirkt heute auf viele außerhalb der Kirche, aber in denselben Sachfragen engagierte, als geradezu abschreckend esoterische Kirchensprache. Aber dessen ungeachtet spricht sich hier ein ganz starker und umfassender Weltbezug der christlichen Kirchen aus. Die Kirchen sollen sich miteinander verbünden, um der globalisierten Welt in ihren selbstgemachten Gefährdungen beizustehen. In der Tat ist dies der erste Versuch des Weltkirchenrates, auf die Herausforderung der Globalisierung eine umfassende Antwort zu geben. Diese Antwort sollte eine die Kirchen selbst verpflichtende und bindende Antwort sein, wie sie traditionell die Erklärung eines Konzils darstellt.

Umfassend war und ist die Antwort nach wie vor dadurch, dass sie die drei Gefährdungen der Welt in ihrem Zusammenhang anspricht:

1. Die Kernwaffen sind in der Welt und machen Kriegverhütung, Friedensgestaltung und Sicherheit zu einem Überlebensproblem. Heute durch die kaum kontrollierbare Verbreitung der Kernwaffen ebenso bedrohlich wie im kalten Krieg. Barak Obama hat es durch seine Initiative für eine Welt ohne Atomwaffen neu bewusst gemacht.

---

legitimatorische Blöße decken sollten.

<sup>3</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel, Die Revolution von 1989 in der DDR München 2009, 230-232

2. Die globalisierte Wirtschaft macht soziale Gerechtigkeit zum globalen Problem, primär im Nord-Süd-Gegensatz, aber auch in den Nationalstaaten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat es dramatisch gezeigt.
3. Die ökologischen Probleme kennen trotz aller regionalen Unterschiede keine Grenzen, sie betreffen die Biosphäre des Planeten, die Folgewirkungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation überziehen den ganzen Globus. Der Klimawandel hat im Kyoto-Prozess längst die Politik erreicht, wenn auch nicht bekehrt.

Alle drei Problemkreise aber hängen untereinander zusammen und bilden ein Krisensyndrom, das darum auch integrative Lösungsstrategien braucht.

Wie gesagt: Dieser Globalisierung stellte sich die ökumenische Bewegung in den achtziger Jahren zum ersten Mal umfassend. Sie hatte nach dem zweiten Weltkrieg mit Politikern die Friedensfrage aufgegriffen, seit den sechziger Jahren, der ersten Entwicklungsdekade, die Frage der sozialen Gerechtigkeit mit Wirtschaftsleuten bearbeitet, in den siebziger Jahren, noch vor dem Club of Rome, die ökologischen Fragen zusammen mit Naturwissenschaftlern diskutiert. Es war ein kühner Versuch, in den achtziger Jahren diese drei Stränge als Teil des einen großen Zusammenhangs zu begreifen und anzugehen, den wir heute Globalisierung nennen.

Inzwischen ist die Ambivalenz der Globalisierung immer deutlicher geworden, aber so konträr sie auch beurteilt wird, man kann ihr nicht ausweichen, will man die Welt heute verstehen und gestalten. In einem jüngst erschienen theologischen Forschungsbericht kann man freilich lesen, dass das Thema Globalisierung in Theologie und Ethik bisher nur in Ansätzen vertieft behandelt worden ist.<sup>4</sup> Man spricht zwar schon lange in dem Begriffspaar „global thinking, local doing“, aber damit ist doch mehr ein Problem angezeigt als verstanden. Wie greift das globale und das Lokale im gelebten Leben ineinander? Wie reagiert z.B. unser Gewissen auf unmittelbar Wahrgenommenes und ganz anders auf medial übermitteltes Fernes und wie können Gewissen lernen, globalen Phänomenen in dem „inneren Gerichtshof“ eine Stimme zu geben.

Genau hier lag nun auch das Problem der ökumenischen Versammlung. Sie wollte die Umgestaltung der DDR im globalen Horizont thematisieren und die globalen Problemzusammenhänge in der DDR konkretisieren.

Treffend hat Joachim Garstecki dies als Kontextualisierung beschrieben: „Die Versammlung hat die globalen Bedrohungen mit der Situation der eigenen Gesellschaft in Beziehung gesetzt, ohne sie darin aufgehen zu lassen; sie hat umgekehrt lokale Probleme in eine globale

---

<sup>4</sup> Verkündigung und Forschung 54. Jahrgang, Systematische Theologie, Globalisierung, Kaiser 1- 2009, 3

Perspektive gerückt, ohne sie damit zu vergleichgültigen.“<sup>5</sup> In den meisten Texten der ÖV scheint mir das auch gelungen zu sein.

Ich gebe Ihnen nur zwei Textbeispiele:

Die Arbeitsgruppe 2.1 „Leben in Solidarität“ beschrieb das, was wir heute „Globalisierung“ nennen: „Die Menschheit ist durch ein weltweites Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationssystem zu einer eng verflochtenen Einheit geworden, der sich kein Land mehr entziehen kann. Innerhalb dieser einen Menschheit wirken Strukturen der Ungerechtigkeit, durch die ein kleiner Teil der Menschheit in der Lage ist, seine ständig steigenden materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und in Reichtum und Verschwendung zu leben, während ein weitaus größerer Teil der Weltbevölkerung immer ärmer wird...usf.“ ( Dokum. 52,2)

Die „vorrangige Option für die Armen“ wird im Text 1 folgendermaßen ausgelegt: „Die Entscheidung in ökonomisch-politischen Fragen und in Fragen des persönlichen Lebensstils müssen auch in ihrer Verflochtenheit mit der Zwei-Drittel-Welt verstanden werden und vor den Armen verantwortbar sein“, und weiter heißt es dann, „dass sich unser Lebensstandard nicht zu Lasten der Solidarität mit den Armen erhöhen darf.“ ( Text 1,29.30 , vgl. Text 2.1, S.57,10)

Schon diese kurze Skizze hat, denke ich, klar gemacht, dass es in der ÖV nicht um einen Systemwechsel vom Sozialismus zu Demokratie und freier Marktwirtschaft ging, sondern um eine Transformation beider Systeme im Zeichen der Globalisierung. Und ebenso klar dürfte sein, dass sich der globale und der lokale Prozess nicht in das Gegensatzpaar Utopie – Realität, zerbrochene Träume – erfüllte Hoffnungen, Visionen von einer heilen Welt – politischer Realitätssinn für das Machbare bringen lässt. Dieses Gegensatzpaar blockiert z.Zt. immer noch die Wahrnehmung der aktuellen Relevanz der ÖV. Bei ihr handelt es sich vielmehr um zwei unterschiedliche und gleich reale geschichtliche Prozesse, die freilich in der Herbstrevolution und im Vereinigungsprozess Deutschlands nicht zur Gleichzeitigkeit zu bringen waren. Die Ökumenische Versammlung bewegte sich zugleich in diesen beiden Prozessen, die sich jedoch ungleichzeitig zueinander verhielten. Als im Oktober die Revolution von den Friedensgebeten auf die Straßen ging und die großen Massen ergriff, war das Ineinander beider Prozesse nicht mehr festzuhalten. Die große Mehrheit war jetzt allein mit der Veränderung, dann mit der Abschaffung der SED-Diktatur beschäftigt und sehr bald mit dem Systemwechsel, auf den das ostdeutsche Bewußtsein doch schon längst durch das allabendliche Westfernsehen eingestellt war. Bei den vielen Erfurter Domplatzdemos im Winter 89/90 hat es nur ein Redner gewagt und mit einer überragenden rhetorischen Leistung auch geschafft diesen Massentrend für kurze Augenblicke zu durchbrechen. Wolf Biermann kam und sprach die Erfurter, die nun den Westen wollten, darauf an, dass es im Süden unseres Planeten Millionen Menschen gibt, die glücklich wären in einer so schönen Stadt so gut zu leben wie wir Erfurter. Aber es waren kurze Augenblicke der Nachdenklichkeit gegen den Trend, mehr nicht.

Die geschichtlichen Ereignisse der Revolution, die Fällung der Mauer, das Glück und der Stress des Beitrittsprozesses, diese atemberaubenden Vorgänge waren ja auch wahrhaftig geeignet, Menschen total in Anspruch zu nehmen. Es ist also gut verständlich, dass die globalen Zusammenhänge, die der Konziliare Prozess thematisiert hatte, ausgeblendet wurden. Zumal in dem Mauerstaat DDR, wo die Mauer ja nicht zuletzt als Schutzwall gegen jedes planetarische Bewußtsein erfolgreich war und den oft besprochenen und bewitzelten DDR-Provinzialismus produzierte! Und die Sturzgeburt der deutschen Einheit ließ ja kaum Zeit, aus dem Sturm der Ereignisse hervorzutreten und über die Sinnzusammenhänge des Geschehens nachzudenken.

Mir wurde solch ein Heraustreten freilich zuteil. Unmittelbar vor den Volkskammerwahlen im März 1990 flog ich für 10 Tage nach Seoul, wo die Weltversammlung des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung stattfand. Zwar wurde ich dort oft in der Mitfreude begrüßt „the wall is broken!“, aber ich bekam doch sehr deutlich zu spüren, wie dieser Vorgang durch andere Problemlagen in der Welt relativiert wurde und vor allem, welche Hoffnungen und Befürchtungen sich in Mittelamerika und Asien an die Revolutionen in Osteuropa und das Ende des kalten Krieges knüpften. Ich hatte dann vor der Bundessynode im September von Seoul zu berichten und versuchte, die globalen Herausforderungen in den deutschen Vereinigungsprozess einzubringen, ein Echo darauf habe ich kaum wahrgenommen.

Der Deutungszusammenhang, in dem die deutsche Vereinigung wahrgenommen wurde, war die Nachkriegsgeschichte im Ost-West-Konflikt. Die Siegermächte traten noch einmal zusammen, die deutsche Teilung als Kriegsfolge wurde überwunden, ebenso der eiserne Vorhang durch Europa endgültig verschrottet, die rote Armee verschwand aus der DDR. Selbst das Ende des kalten Krieges wurde von westlichen Politikern allein im Raster des Ost-Westkonfliktes interpretiert: Als Sieg des wirtschaftlich-technisch überlegenen Westens über den Osten. Es gab auch eine andere Deutungsmöglichkeit, nämlich im Kontext der Globalisierung. Michael Gorbatschow hatte die Notwendigkeit, den kalten Krieg zu beenden in seinem „Neuen Denken“ damit begründet, dass die eine Menschheit ihn sich nicht leisten könne, sondern die Kunst des Zusammenlebens lernen müsse. Im gleichen Sinn hatte sich das SPD-SED-Papier von 1987 geäußert und der Brundtland-Bericht hatte von der Friedensdividende der Abrüstung für die dritte Welt gesprochen. Dieser Paradigmenwechsel zum globalen Verantwortungszusammenhang wurde da jedoch nicht vollzogen, wo man meinte gesiegt zu haben. Aus solcher Deutung lernt man doch nur: weiter so!

Faktisch ging also der geschichtlich-politische Prozess, der auf die deutsche Vereinigung als Ziel zulief, über die ÖV hinweg und ließ sie hinter sich. Darin haben die Autoren recht, die in diesem Deutungsrahmen denken und feststellen, dass die ÖV eine beachtliche, vielleicht so-

gar gute story war, aber von der History übergangen und beiseitegelassen wurde. Nur ist es ein Irrtum aus diesem Gang der Dinge zu schließen, dass die globale Verantwortung, in der sich die ÖV verstand, ein idealistischer Traum, eine Vision oder Utopie war, die man Spinnern und Gutmenschen überlassen sollte. Vielmehr holt uns der Prozess der Globalisierung sehr real und spürbar ein. Wir wandern ein in die Prozesse der Globalisierung und damit in die Fragehorizonte der ÖV. Die DDR-Bürger begreifen seit der Mitte der neunziger Jahre, dass sie nicht der guten alten Vorzeigemarktwirtschaft der BRD beigetreten sind, sondern der Weltwirtschaft, die mit ihren neoliberalen Doktrinen kräftig in die soziale Marktwirtschaft hineinregiert. Das aber, was uns in der ÖV bewegte, liegt in – natürlich veränderter Gestalt – vor uns. Die ÖV erinnert uns heute daran, dass wir mit dem vereinten Deutschland in das einundzwanzigste Jahrhundert einwandern und uns nicht damit begnügen können, mit der deutschen „Wiedervereinigung“ befriedigt auf das Ende der Nachkriegszeit zurückzublicken: „Wiedervereinigung“ ist ja ein retrospektiver Begriff. Welches vereinte Deutschland da wiedervereint wurde, bleibt offen, doch wohl nicht das Bismarcksche, doch wohl erst recht nicht das Großdeutsche, hoffentlich doch wenigstens das Weimarsche. Aber diese retrospektive Deutung der Vereinigung hilft nicht weiter und hat sogar gefährliche Seiten. Ich greife lieber auf die ÖV zurück, die uns lehrt mit der geglückten Vereinigung in das einundzwanzigste Jahrhundert hineinzugehen.

Die These, die ich vertreten wollte, ist damit eigentlich entfaltet und begründet. Was folgt, ist eine inhaltliche Unterfütterung meiner These durch einen Blick auf die Theologie der ÖV und auf ihren Ort in der Zivilgesellschaft.

### **Zur Theologie der Ökumenischen Versammlung.**

Die Kernaussage dieser Theologie lässt sich ganz kurz zusammenfassen: Umkehr in den Schalom.

Nur kurz sei angedeutet, wie wir zu dieser Aussage gekommen sind. Sie wurde nicht deduktiv aus der biblischen Tradition abgeleitet, auch nicht induktiv aus der Analyse der Gegenwart gewonnen. Vielmehr sind wir in einem Hin-und-Her-Gehen zwischen Tradition und Situation zu dem gekommen, was nach unserem Urteil heute gesagt werden muss. Im dem Licht, das uns die Bibel aufsteckt, fragten wir nach der Tiefendimension der heutigen Situation und in den Herausforderungen der heutigen Welt fragten wir nach Perspektiven und Antworten aus der Bibel. Bei diesem Vorgehen entstehen keine ewigen Wahrheiten, sondern Wegweisungen für eine Wegstrecke, die auf einem nächsten Wegabschnitt neu gesucht werden muss. Die Antworten von gestern können dabei helfen, sie können neues Fragen aber nicht ersetzen.

Von Umkehr haben wir im Anschluss an die Verkündigung Jesu gesprochen, deren Kernsatz lautet: „Das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen. Kehrt um und glaubt an die frohe Botschaft.“ Jesus führt dabei die Umkehrrufe der Propheten Israels weiter, die sich nicht nur an

einzelne, sondern an das ganze Volk und seine Verantwortungsträger richteten. Zweierlei war uns an dieser Umkehrbotschaft für heute wichtig:

- Sie reicht in die Tiefe unserer persönlichen und gesellschaftlichen Existenz, in der sich wirkliche Erneuerung vollzieht. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich für die Herbstrevolution 89 ausgerechnet der von Egon Krenz ins Spiel gebrachte Begriff „Wende“ eingebürgert hat, der den anstehenden politischen Umbruch zu einigen Reformen unter Führung der SED verharmlosen wollte. In der ÖV sahen wir die tiefgreifenden Herausforderungen zur Friedensfähigkeit, zu einer sozial-solidarischen Weltgesellschaft, zu einer ökologischen Lebensweise, und wir meinten, dem wird die biblische Einladung zur Umkehr gerecht. Kürzlich hat Gesine Schwan in Erfurt die These vertreten, die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise sei als Kulturkrise zu interpretieren und Umkehr sei „das Gebot der Stunde“. Sie benennt die beiden Seiten der Krise, die persönliche Lebensorientierung und die ökopolitischen Strukturen: „Wir brauchen einen ökonomischen Regimewechsel und eine kulturelle Erneuerung.“ ( TA 2.4.09.,3 )
- An der Umkehrbotschaft war uns weiter wichtig, dass sie nicht eine Drohbotschaft, sondern eine Frohbotschaft ist. Sie erpresst nicht Umkehr durch apokalyptische Straf- und Katastrophendrohung, sie eröffnet eine neue Lebensmöglichkeit im Licht des entgegenkommenden Gottes. Diese neue Lebensmöglichkeit erschließt Verhaltensmöglichkeiten, die für die Zukunftsfähigkeit unsere heutige Zivilisation überlebenswichtig sind. In der „Bergpredigt“ sind einige dieser neu ermöglichten Verhaltensweisen beschrieben, z.B. Überwindung von Feindschaft und Gewalt. Ich möchte nur auf Jesu Warnung vor der Sorge hinweisen, in der ein neues Verhältnis zur Zukunft jenseits vom Wahn der Selbstsicherung und der Selbststeigerung eröffnet wird. Wir brauchen heute eine Selbstbegrenzung des Menschen aus Freiheit, also eine Befreiung aus dem Zwang alles machen zu müssen, was man machen kann, und aus dem Zwang der Befriedigung der unbegrenzt wachsenden Bedürfnisse. Diese Selbstbegrenzung aus Freiheit setzt eine freie ( und frohe ! ) Bejahung unserer Endlichkeit voraus. Diese Veränderungen unserer Lebensweise brauchen zwar auch eine entsprechende Gesetzgebung, aber sie lassen sich letztlich nicht erzwingen, wie Wolfgang Harich in seinem Buch „Kommunismus ohne Wachstum“ tatsächlich vertrat. Eine ganze Reihe von Indizien– meine ich – weisen darauf hin, dass heute ein Suchen nach neuen Lebensweisen in einer sich wandelnden Welt weit verbreitet ist. Worauf aber ist dieses Suchen orientiert? Geht die große Woge der „Respiritualisierung“, von der soviel die Rede ist, nicht doch mehr in die Innerlichkeit, die Individualisierung, in die Selbstverwirklichung in das Transzendieren und die Erweiterung der eigenen Möglichkeiten? Der Konziliare Prozess suchte das Zusammenwirken von Spiritualität und Weltverantwortung und die Synergieeffekte dieses Zusammenwirkens. Müssten Religion und Weltverantwortung in dieses Zusammenwirken heute vielleicht neu hineinfinden –



auch durch einen Prozess wechselseitiger Korrektur? Müssten sie nicht zueinander umkehren?

In dem biblischen Wort Schalom bündelten sich für uns die eben angesprochenen Lebensmöglichkeiten, in die hinein die Umkehr führt. Schalom hatte sich in den beiden letzten Jahrzehnten im Zusammenhang der friedenspolitischen und ökologischen Bewegungen in überraschender Tiefe und Vielfalt erschlossen. Schalom war zum Symbol eines positiven Friedensverständnisses geworden und erfuhr nicht zufällig in Liedern und Liturgien unübersetzt vielfachen Gebrauch. Ich zitiere aus dem Kapitel „Schalom als Grundorientierung“ aus Text 1 der ÖV:

„Gottes Schalom meint das Ganzsein des Lebens in heilen Beziehungen, wie es in der Schöpfung angelegt ist und in Gottes rettendem Handeln hergestellt wird. Dies hat entscheidende Bedeutung für unsern heutigen Umgang mit der Wirklichkeit. Die Ökologie lehrt nämlich, die Natur als ein Geflecht von Kreisläufen zu verstehen, in das wir eingebunden sind. Der Friede kann in unserer wechselseitig verflochtenen Welt nicht gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander vereinbart werden, er muss also kommunikativ und kooperativ verstanden werden. Gerechtigkeit schließlich ist das gemeinschaftsgerechte Verhalten in der Überlebensgemeinschaft der Menschheit, in der auch die Rechte des einzelnen zur Geltung kommen müssen. Der Schalom Gottes ist eine geradezu revolutionäre Einweisung zu neuem Verhalten in dieser Wirklichkeit.“ ( Dokumentation 31,20).

Schalom als heile und geheilte Beziehung ist also der Schlüssel zu allen drei Bereichen, der sozialen Gerechtigkeit, dem Frieden der Völker und dem Frieden mit der Natur. So bündeln sich auch im Schalom die drei vorrangigen Verpflichtungen, die die ÖV aussprach: für die Armen, für gewaltfreie Wege zum Frieden und für den Vorrang der Erhaltung vor der Verwertung der Natur.

Auf die Relevanz dieses Ansatzes für den politischen Umgang mit den heutigen Weltkonflikten hat Joachim Garstecki verschiedentlich hingewiesen.

Für Weltwirtschaft und soziale Gerechtigkeit hatte ich bereits aus dem Text 2.1 „Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit“ zitiert. Die vor zwanzig Jahren gegebenen Antworten waren auf die damalige DDR bezogen. Heute in der Finanz- und Wirtschaftskrise ist vom konzeptionellen Ansatz der ÖV darauf zu drängen, dass die Politik die ihr eigene Kompetenz, für das Gemeinwohl zu sorgen, gegenüber der dominanten Rolle der Wirtschaft zurückgewinnt. Der Markt kann gerade als freier Markt überhaupt nicht funktionieren, wenn ihm die demokratisch verfasste Politik nicht den Rechtsrahmen vorgibt und das Interesse der Kapitalverwertung und Kapitalvermehrung dem Leben der Gesamtgesellschaft dienstbar macht. In der Streitkultur einer demokratisch verfassten Politik kann das nur gelingen, wenn die Stimme der wirtschaftlich Schwachen gestärkt wird. Darum: Vorrangige Option/Verpflichtung für die Armen.

Die ökologische Situation war in der DDR besonders dramatisch. In den siebziger Jahren gelang es der Kirche mit dem starken Rückenwind des Programms des Weltkirchenrates „Glaube, Wissenschaft und Zukunft“ dieses Thema, das in der DDR verdrängt wurde, gesellschaftsfähig zu machen. Schon damals wurde Energiegewinnung und –verwertung als die zentrale Frage erkannt. Der Ausschuss Kirche und Gesellschaft hatte eine Energiestudie erarbeitet, die kurz vor dem Herbst 1989 fertig wurde und in die ÖV hineinwirkte. Einer der Verfasser war übrigens Sebastian Pflugbeil, der dann von der ersten freigewählten Volkskammer mit der Abwicklung des Greifswalder Atomkraftwerks beauftragt wurde. Ich zitiere aus Text 11 „Energie für die Zukunft“: „Der beispiellose hohe Energieverbrauch in den Industriestaaten und die Energie-Not in der Zweidrittelwelt führen zu regionalen und globalen Problemen. Leistungsfähige Großtechnik, verbunden mit Unfallrisiken und oft hohen grenzüberschreitenden Schadstoffbelastungen kennzeichnen die Situation in den hochindustrialisierten Gebieten. Der akute Energiemangel in den unterentwickelten Ländern und die oft sehr einfache, wenig effiziente Verbrennung von Holz und Dung tragen zur Versteppung und anderen Problemen bei. Die weltweite Waldvernichtung und die Verbrennung fossiler Rohstoffe führen zu bedrohlichen Veränderungen in der Erdatmosphäre. Technologien und Strategien zur Befriedigung des Energiebedarfs wurden bisher nur aus der Interessenlage der Industrieländer entwickelt. Gesichtspunkte, wie ihre Verträglichkeit für Mensch und Umwelt und die Verwendbarkeit in den unterentwickelten Ländern spielten kaum eine Rolle.“ (Do. 165,3) Später heißt es: „Der Energieverbrauch der unterentwickelten Länder muss in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Der absolute Verbrauch an Primärenergie kann und muss in den Industrieländern in diesem Zeitraum spürbar vermindert werden. Dies muss nicht zwangsläufig zu einem Verlust an Lebensqualität führen.“ ( 168,10)

Damals also schon wurde das Problem der „Anschlussfähigkeit“ der Technologien der Industrieländer für die Schwellenländer gesehen, das heute mit dem rasanten Wirtschaftswachstum in China und Ostasien in unser öffentliches Bewußtsein drängt.

Diese Erkenntnisse der ÖV, die ich Ihnen nur beispielhaft gezeigt habe, wurden im Prozess der deutschen Vereinigung fast völlig verdrängt. Für die ostdeutschen Länder wurde die Vereinigung als nachholende Modernisierung verstanden und vollzogen. Aufbau Ost war Nachbau West. Dass die Moderne aber von einem „Modernisierungsinfarkt“ bedroht ist, wie es Ulrich Beck in den neunziger Jahren nannte, spielte keine Rolle. Selbst ein ausgebuffter Wirtschaftsmann wie Lothar Späth kritisierte damals, dass der Umbau Ost nur imitatorisch erfolge statt die Chance für neue Zukunftstechnologien zu nutzen, die dann auch zum wirtschaftlichen Erfolg werden. Darum meine ich, es sei sinnvoll, im 20. Jahr der Herbstrevolution bei der ökumenischen Versammlung anzuknüpfen, die Antworten auf den Modernisierungsinfarkt suchte.

Das gilt nun auch für meinen letzten Punkt:

### **Der zivilgesellschaftliche Ort der Ökumenischen Versammlung**

Die osteuropäischen Revolutionen des Jahres 1889 vom Baltikum bis Ungarn waren ein Aufbruch der Zivilgesellschaft. Timothee Garton Ash hat sie den „osteuropäischen Bürgerfrühling“ genannt. Genau dies war auch der Ort der ÖV. Sie ging aus von der Initiative des Stadt-Ökumene-Kreises Dresden, kein Gremium kirchlicher Hierarchien. Sie hatte ihre erste große Aktion in dem Aufruf 1987 mit den über 10000 Zuschriften, die weit überwiegend von der gesellschaftlichen und kirchlichen Basis, einzelnen und Gruppen kamen. Es war die erste und in ihrer Größenordnung überwältigende Äußerung der Zivilgesellschaft in der DDR. Die verfassten Kirchen verhielten sich zögerlich. Der Kirchenbund ließ sich zwar zum Mittun gewinnen und bei den Synoden berichten, aber diese Initiative von unten war ihm doch unheimlich, er fürchtete um sein kirchenpolitisches Monopol. Bischof Gienke nannte es eine „gefährliche Schwäche, dass die Kirchenleitungen den (konziliaren) Prozess für eine entscheidende Phase aus den Händen gegeben haben.“<sup>6</sup>

Noch schärferen Verdacht gegen die ökumenische Versammlung äußerte Lothar de Maizière in dem schon genannten Interview mit Katharina Seifert. Die katholische Kirche gab ihren Beobachterstatus erst Ende 1987 auf und bestand dann auf einem Ausschluss der Öffentlichkeit von den Versammlungen der ÖV.

Dahinter standen unterschiedliche politische Strategien bei den Kirchenleitungen und den zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die Kirchenleitungen verfolgten eine Gesprächsstrategie auf den vom Staat vorgegebenen Ebenen. Veränderungen seien im demokratischen Zentralismus nur von oben nach unten im Gespräch mit den Regierenden zu erreichen. Diese Strategie musste Störungen möglichst vermeiden, sie war eine Konfliktvermeidungsstrategie. Dagegen betrieben die Gruppen eine Strategie der Konfliktinszenierung. Sie meinten, Veränderungen seien nur durch Druck auf die Regierung, auch unter Einschaltung der Westmedien zu erreichen. Spätestens seit 1987, als die SED eine Absage an die Perestroika-Politik Gorbatschows erteilt hatte, zeichnete sich ab, dass die Gruppen recht hatten.

Mit der ÖV aber trat plötzlich ein neues Handlungssubjekt auf die Bühne der Kirche-Staat-Beziehung. Die ÖV bot den Vertretern der Gruppen eine Gesprächs- und Aktionsplattform, auf der sie gleichberechtigt neben Oberkirchenräten saßen. In einem relativ machtfreien Raum konnten die Anträge aus Gruppen und Kirchen in einen offenen Gesprächsprozess gebracht werden. Als sich dann abzeichnete, dass die ÖV ein beachtlicher Erfolg wird, schlossen sich die Kirchen voll an. Sie nahmen Ende April nicht nur die Texte entgegen, sie ratifizierten sie auch in aller Form, die katholische Bischofskonferenz im Juni und die Synode des Kirchenbundes im September 1989.

Die erstaunliche Dynamik der ÖV aber ging von der zivilgesellschaftlichen Basis der Gruppen aus. Dem entsprach auch unser theologisches Konzept, bei der gesellschaftlichen Erfahrung einzusetzen. Vielen aus den Basisgruppen waren wir noch zu abgehoben und wirklichkeits-

---

<sup>6</sup> Zentrum für Niederlande-Studien, Jahrbuch 13, 2002, Münster 2003, 91

fern. Sie artikulierten das in den „Begegnungszentren“. Aber immerhin: Wir eröffneten die erste Tagung in noch öffentlicher Sitzung mit den „Zeugnissen der Betroffenheit“. Der Physiker Hans-Jürgen Fischbeck und der Psychotherapeut Ludwig Drees trugen ihre Gesellschaftsanalysen vor. Michael Beileites machte zum ersten Mal in der DDR den ökologischen Skandal des Uranbergbaus bei Ronneburg öffentlich, um nur drei dieser Zeugnisse zu nennen. Wir nannten sie „Zeugnisse der Betroffenheit“ (der Killer-Begriff „Betroffenheitsrhetorik war damals noch nicht in der Welt). Die Kompetenz der Betroffenen sollte zu Wort kommen und das verordnete Schweigen brechen. Das setzte sich in den Arbeitsgruppen fort und im Herbst sprach sich dann diese Betroffenheit in der Öffentlichkeit der Straßen und Plätze aus.

Ich denke, es ist erinnenswert, dass sich die Kirchen damals, wenn auch zögerlich mit einem zivilgesellschaftlichen Aufbruch verbündeten. Der Protestantismus jedenfalls hatte sich seit der Reformation am Staat als seinem Gegenüber orientiert – sei es in Partnerschaft oder Gegnerschaft. Das war im großen und ganzen auch in der DDR so gewesen. Auch nach dem Wechsel von Honecker zu Krenz versuchte dieser noch einmal, die Kirche in die Partnerschaft mit der Regierung zurückzuholen. Aber die Kirchen hatten inzwischen begriffen, was sie an der ÖV und ihrem Bündnis mit Erneuerungskräften der Zivilgesellschaft hatten.

Die Kirchen sollten das heute nicht vergessen, denn auch dieser Aspekt der ÖV könnte zukunftsweisend sein. Wo sind heute die gesellschaftlichen Handlungssubjekte, welche die anstehende Erneuerung der Gesellschaft vorantreiben? Die politischen und wirtschaftlichen Eliten und Experten zeigten sich von der jüngst ausgebrochenen Finanzkrise völlig überrascht. Warnungen davor hatte ich in der eher alternativen Szene und Literatur, bei Kairos Europa, bei Atak, bei Ulrich Duchrow gehört und gelesen. Die doch eher zur Zivilgesellschaft zu rechnenden Aktionen Brot für die Welt, Ev. Entwicklungsdienst und BUND waren es, welche die große Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ herausgegeben haben, die der Gesellschaft und der Politik die heutigen Schritte der Umkehr darlegt.<sup>7</sup> Im letzten Kapitel dieser Studie „Ausblick“ wird auf die „Bewegung ohne Namen“ hingewiesen. Gemeint sind die vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Bewegungen. Ihre neuen Strukturen und Aktionsarten werden ansatzweise beschrieben. ( 601ff.)

Es könnte überaus nützlich sein, wenn wir bei der Erinnerung an den Umbruch 89/90 nicht nur das in der Tat große Werk der Vereinigung Deutschlands durch die hohe internationale Politik feiern würden, sondern wenn wir aufmerksam würden auf den unglaublich faszinierenden Aufbruch der osteuropäischen Zivilgesellschaft aus einem fast halben Jahrhundert Diktatur. Daraus ließe sich neues Vertrauen zu den Erneuerungskräften der Zivilgesellschaft heute gewinnen.

---

<sup>7</sup> Bund für Umwelt und Naturschutz, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.), Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klimas, Umwelt, Energie. Fischer Taschenbuch Verlag 2008